

**Satzung der Stadt Baden-Baden über die Erklärung
von Waldflächen im Stadtkreis Baden-Baden zum Erholungswald
vom 7. Juni 1989**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg in der Fassung vom 3. Oktober 1983 (GBl.S. 578) in Verbindung mit §§ 33 Abs. 2 und 36 Abs. 6 des Waldgesetzes für Baden-Württemberg (Landeswaldgesetz - LWaldG) in der Fassung vom 4. April 1985 (GBl. S. 106) hat der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden am 7. Juni 1989 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Erklärung zum Erholungswald

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen im Stadtkreis Baden-Baden werden zum Erholungswald erklärt.

Sie erhalten die Bezeichnung "Erholungswald Baden-Baden".

§ 2

Abgrenzung des Erholungswaldes

(1) Der Erholungswald hat eine Fläche von ca. 3.645 ha und umfasst:

Distrikt I, Abteilung: 3,4,5,6,12,13,14,15,25,26,29,32,38,39,40,45,46,47,48,
51,52,53,54,55,56,57,58,59,60,61,62,63.

Distrikt II, Abteilung: 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10,11,13,14,15.

Distrikt III, Abteilung: 1,6,7.

Distrikt IV.

Distrikt V, Abteilung: 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10,11,12,13,14,15,16,17.

Distrikt VI.

Distrikt VII, Abteilung: 1,10,11,21,22,23,24.

Distrikt VIII.

Distrikt IX, Abteilung: 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10,11,12.

Distrikt X, Abteilung: 1,2,3,4,5,6,7.

Distrikt XII, einschließlich Flurstück Nr. 4682/25.

Distrikt XIV, Abteilung: 1,2,7,8,9, einschließlich der Flurstücke
Nr. 4173-4180, Gewinn "Oberfeld".

Distrikt XX, Abteilung: 1,2,3,4,5,6.

Distrikt XXI, Abteilung: 1,2,3,4,7.

- (2) Die Grenzen des Erholungswaldes sind in einer Karte im Maßstab 1: 50.000 vom 1.1.1989 eingetragen. Sie ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 3

Zweck des Erholungswaldes

Wesentlicher Zweck ist der Schutz der Waldflächen für die naturnahe Erholung der Gäste und der Bewohner der Kurstadt Baden-Baden, die Regelung des Erholungsverkehrs sowie die Sicherung der Waldpflege unter Berücksichtigung der Erholungsnutzung, des Naturschutzes und der Landespflege.

§ 4

Bewirtschaftungsbestimmungen

- (1) Die ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung im Erholungswald erfolgt nach Vorgabe der Betriebspläne.
Bei der Betriebsplanung, insbesondere bei der Baumartenwahl, der Bestandspflege, der Festlegung der Umtriebszeit, der baumartengerechten Bestandsverjüngung und der Wahl entsprechender Größe der Verjüngungsfläche ist die Zweckbestimmung nach § 3 besonders zu berücksichtigen.
- (2) Der Wildbestand ist so zu bejagen, dass die Erhaltung und Gestaltung einer artenreichen Flora und Fauna ermöglicht wird und keine nennenswerten Schäden an den Forstpflanzen entstehen.

§ 5

Vorschriften über das Verhalten der Waldbesucher

- (1) Um den Erholungswald des Waldgebietes zu sichern, ist es im Erholungswald Baden-Baden verboten,

1. die naturnahe Erholung anderer Waldbesucher zu beeinträchtigen, insbesondere durch Lärm, die Benutzung elektronisch verstärkter Musikinstrumente und ähnlicher Apparate sowie die Abhaltung kommerzieller Veranstaltungen;
 2. Waldfrüchte oder sonstige Walderzeugnisse in organisierter Form oder im Rahmen eines Wirtschaftsbetriebes zu sammeln.
- (2) Genehmigungspflichtig sind
1. organisierte größere Veranstaltungen wie Volksmärsche, Orientierungsläufe, Volksradwanderungen, Reitveranstaltungen, Skimarathonläufe und sonstige Sportveranstaltungen;
 2. die Benutzung von Erholungseinrichtungen, insbesondere von Grillhütten mit Gruppen von mehr als 15 Personen.
Die Genehmigung ist durch die Stadt Baden-Baden/Städtisches Forstamt zu erteilen, wenn die Erholung anderer nicht beeinträchtigt wird und sowohl die Bewirtschaftung des Waldes als auch sein Erholungswert nicht gefährdet werden. Die Genehmigung kann mit Auflagen versehen werden.
- (3) Das Reiten im Erholungswald Baden-Baden ist nur auf den dafür ausgewiesenen und gekennzeichneten Waldwegen gestattet.
- (4) Das Radfahren im Erholungswald ist nur auf Straßen und Wegen mit einer Breite von mehr als 2 Metern gestattet.

§ 6

Ausnahmen und Befreiungen

Von den Vorschriften dieser Satzung können Ausnahmen und Befreiungen erteilt werden, wenn die mit dieser Satzung verfolgten Zwecke nicht entgegenstehen und das öffentliche Interesse dies erfordert.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 83 Abs. 3 LWaldG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. die im § 5 Abs. 1 verbotenen Handlungen vornimmt;

2. Veranstaltungen im Sinne von § 5 Abs. 2 Nr. 1 ohne vorherige Genehmigung abhält oder Erholungseinrichtungen im Sinne von § 5 Abs. 2 Nr. 2 ohne vorherige Genehmigung benutzt;
3. entgegen § 5 Abs. 3 reitet;
4. entgegen § 5 Abs. 4 Rad fährt.

§ 8

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die gemäß §§ 33, 36 Landeswaldgesetz erforderliche Zustimmung der Körperschaftsforstdirektion Karlsruhe zur hier veröffentlichten Satzung wurde mit Schreiben vom 20. Juli 1989, Az.: 8675.21, erteilt.

Die bundes- und landesrechtlichen Verfahrensvorschriften wurden beachtet.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung, wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Baden-Baden geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen.

Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Baden-Baden, den 13. Februar 1991

Der Oberbürgermeister

Vorstehende Satzung wurde am 19. Februar 1991 öffentlich bekanntgemacht.